



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Sitzungsnummer	FuW/021/2013
Datum	Dienstag, den 29.01.2013
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	20:35 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

Anwesend:

vom Gremium

Herr Thomas Heyer	Ausschussvorsitzender	CDU
Frau Christa Lefèvre	Fraktionsvorsitzende	FW
Herr Karl-Heinz Kinkler	Stadtverordneter	SPD
Herr Waldemar Kleber	Stadtverordneter	SPD
Herr Tobias Rompf	Stadtverordneter	SPD
Herr Karl-Heinz Schäfer	Stadtverordneter	SPD
Herr Klaus Breidsprecher	Stadtverordneter	CDU
Herr Karl Hedderich	Stadtverordneter	CDU
Frau Amber Luitjens-Taylor	Stadtverordnete	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dr. Heidi Bernauer-Münz	Stadtverordnete	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Thomas Schermuly	Stadtverordneter	FDP (i.V.f. FrkV Dr. Bürger)

vom Magistrat

Herr Wolfram Dette	Oberbürgermeister	FDP
--------------------	-------------------	-----

von der Verwaltung

Herr Klaus Gürsch	Büro des Magistrats
Herr Friedrich Rolf Hess	Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar
Frau Ute Pfeifer	Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar
Herr Andreas Schäfer	Kämmerei
Frau Andrea Simon	Kämmerei
Herr Kay Velte	Stadtbetriebsamt

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Gerner, als Schriftführer
Herr Lehne

Ferner war anwesend:

Herr Udo Volck, Stadtverordnetenvorsteher
Frau Dr. Barbara Greis, Stadtverordnete

AV H e y e r eröffnete die 21. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss mit 11 Mitgliedern beschlussfähig ist. Änderungen zur Tagesordnung erfolgten nicht.

AV H e y e r hieß die neuen Ausschussmitglieder Dr. Heidi Bernauer-Münz und Amber Luitjens-Taylor (beide Bündnis 90/Die Grünen) willkommen und wünschte eine gute Zusammenarbeit.

TOP 9 (Mitteilungsvorlage Einführung von Pflegeklassen und Pflegestandards in den öffentlichen Grünanlagen) wurde vor **TOP 4** (Haushalt 2013) in der Beratung vorgezogen.

Es bestand Einvernehmen, über die Grundstücksangelegenheiten der **Tagesordnungspunkte 10 - 14** „en bloc“ abzustimmen.

Tagesordnung:

- 1 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 11.12.2012**
- 2 Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar
 Wirtschaftsplan 2013
 Vorlage: 1266/12**
- 3 Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar
 Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2012
 Vorlage: 1265/12**
- 4 Haushalt 2013**
- 5 Haushaltssicherungskonzept 2013 der Stadt Wetzlar
 Vorlage: 1267/12**
- 6 14. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung
 der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in der Stadt Wetzlar
 Vorlage: 1251/12**
- 7 Informationsvorlage über das Siedlungspotential für Wohnbauflächen in der
 Kernstadt und in den Stadtteilen (Stand August 2012)
 Vorlage: 1061/12**

- 8 Erschließung des Baugebietes Rasselberg**
Vorlage: 1247/12
- 9 Einführung von Pflegeklassen und Pflegestandards in den öffentlichen Grünanlagen**
Vorlage: 1184/12
- 15 Verschiedenes**

zu 1 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 11.12.2012

Mitteilungen

OB D e t t e nahm Bezug auf eine Anfrage in der letzten Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und bat, einen Vermerk des Fachamtes zur Vorgehensweise beim Abschluss der Sanierung im Sanierungsgebiet der Niederschrift beizufügen (siehe Anlage). Das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung habe die Frist zur Abgabe der Abrechnung bis zum 31.12.2015 verlängert.

OB D e t t e teilte mit, dass die Nachtragssatzung und der Nachtragshaushaltsplan 2012 durch den Regierungspräsidenten ohne Auflagen genehmigt worden seien. Mehrexemplare der Genehmigungsverfügung sollen den Fraktionsvorsitzenden im Ältestenrat ausgehändigt werden.

Mit Bezug auf die Anfrage in der Stadtverordnetenversammlung am 11.12.2012 informierte OB D e t t e darüber, dass die Stadt Wetzlar aktuell 251 zulassungspflichtige Fahrzeuge unterhalte, von denen 23 ein WZ-Kennzeichen tragen. Von diesen 23 Fahrzeugen seien 12 nach Einführung des WZ-Kennzeichens beschafft und 11 umgemeldet worden. Die Gesamtkosten für die Ummeldungen belaufen sich auf 478,50 €, was Kosten in Höhe von 43,50 € pro Fahrzeug entspreche.

OB D e t t e gab zur Kenntnis, der Hessische Finanzminister habe den Kommunen mitgeteilt, dass die Steuerentwicklung 2012 in Hessen unter dem Bundesdurchschnitt liege und rd. 230 Mio € weniger eingenommen worden seien, als erwartet. Daraus könne sich möglicherweise ein Risiko für die Entwicklung des Einkommen- und Körperschaftssteueranteils der Kommunen ergeben; man müsse die Steuerschätzung im Frühjahr abwarten. Hinsichtlich des Kommunalen Finanzausgleichs werde voraussichtlich, so eine Mitteilung des Städte- und Gemeindebundes, die Auswirkung nicht so gravierend sein.

Anfragen

Keine Wortmeldungen.

Niederschrift vom 11.12.2012

Die Niederschrift wurde ohne Änderungen genehmigt.

**zu 2 Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar
Wirtschaftsplan 2013
Vorlage: 1266/12**

OB D e t t e bejahte die Frage des Stv. B r e i d s p r e c h e r, ob die Betriebskommission einstimmig zugestimmt habe.

Abstimmung: 11.0.0

**zu 3 Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar
Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2012
Vorlage: 1265/12**

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

zu 4 Haushalt 2013

AV H e y e r schlug vor, wie in der Vergangenheit gehandhabt, die Haushaltsdurchsicht nach Produktbereichen vorzunehmen und anschließend die Haushaltsanträge zu behandeln. Der Ausschuss war damit einverstanden.

Haushaltssatzung

Keine Wortmeldungen.

Gesamtergebnis-/Gesamtfinanzhaushalt

Seite 4

Stv. H e d d e r i c h fragte nach, warum im Ergebnishaushalt die Haushaltsansätze 2012/13 für Abschreibungen jeweils mit rd. 7 Mio. € veranschlagt seien, obwohl das Ergebnis des Jahresabschlusses 2011 lediglich rd. 64.000 € betragen habe. OB D e t t e teilte mit, dass diese Position nur vorläufigen Charakter habe. Die endgültigen Zahlen seien noch nicht vollständig im System erfasst und werden nachgeliefert.

Statistische Angaben

Keine Wortmeldungen.

Haushaltsrechtliche Budgetierungsrichtlinien

Seite 23

Stv. H e d d e r i c h erkundigte sich nach dem Grund der Sperrvermerke des Magistrates bei Haushaltsansätzen und Verpflichtungsermächtigungen zum „Rasselberg“. OB D e t t e erklärte, dass der Magistrat auf die im Antragsverfahren befindliche Beschlussvorlage bezüglich einer Priorisierung der Baugebiete Bezug genommen habe. Nach Vor-

lage der Priorisierung werde der Magistrat über die Aufhebung dieser Sperrvermerke zu entscheiden haben.

Vorbericht (S. 24 - 50)

Seite 49

Stv. **H e d d e r i c h** bat im Hinblick auf den ausgewiesenen Schuldenstand 2012 in Höhe von rd. 120 Mio € um Auskunft, ob die Kassenkredite von rd. 37 Mio € auch zu diesen Schulden zähle. OB **D e t t e** erläuterte, dass die Statistik nur langfristige Schulden enthalte, die der Finanzierung von Ausgaben im Finanzhaushalt dienen, währenddessen Kassenkredite als kurz- und mittelfristige Verpflichtungen dort nicht einfließen.

Produktbereiche

Produktbereich 01 - Innere Verwaltung (S. 52 - 164)

Seite 77, Produkt-Nr. 0125200, Post-, Fahr- und Botendienste

Stv. **H e d d e r i c h** erkundigte sich nach dem Grund des reduzierten Haushaltsansatzes 2012 (einschließlich Nachtrag) in Höhe von 34.180 € bei der Kostenerstattung Eigenbetriebe. OB **D e t t e** gab zur Antwort, dass diese von dem Umfang der Inanspruchnahme von städtischen Dienstleistungen abhängen und somit Schwankungen unterliegen.

Seite 120, Produkt-Nr. 0165100, Heranziehung von Steuern und Gebühren

Auf die Frage des Stv. **K l e b e r** nach der Entwicklung der Finanzerträge (Ergebnis 2011: rd. 373.000 €, Ansätze 2012/13: je 700.000 €) legte OB **D e t t e** dar, dass es sich um Einnahmen aufgrund von zu verzinsenden Steuernachforderungen handele. 2011 habe man ein eher unterdurchschnittliches Ergebnis erzielt, jedoch seien die Ansätze 2012/13 realistisch, da aufgrund von ausstehenden Steuerprüfungen nennenswerte Nachzahlungsbeträge zu erwarten seien.

Seite 151, Produkt-Nr. 0190100, Immobilien-Marketing

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** thematisierte den Erwerb eines privaten Grundstückes im Bereich „Rasselberg“ in Höhe von 230.000 €. Er habe gedacht, dass die dortigen Flächen alle der Stadt gehören. OB **D e t t e** informierte, dass sich über 95 % der Grundstücke im städtischen Eigentum befinden.

Auf die ergänzende Frage von Stv. **B r e i d s p r e c h e r**, ob wegen des Baugebietes „Am Rotenberg“ Hermannstein bereits erste Verhandlungen mit Eigentümern aufgenommen worden seien, bestätigte OB **D e t t e**, dass Buderus Bosch als großer Grundstückseigentümer grundsätzlich verkaufsbereit sei.

Stv. **H e d d e r i c h** interessierte zu erfahren, für welche Maßnahme ein verbleibender VE-Ansatz in Höhe von 300.000 € vorgesehen sei. Frau **S i m o n** erläuterte, dass es sich um das Baugebiet „Schattenlänge“ handele.

Produktbereich 02 - Sicherheit und Ordnung (S. 165 - 205)

Seite 174, Produkt-Nr. 0230100, Regelung des Aufenthaltes von Ausländern

Stv. **Breidsprecher** wollte wissen, in welchen Fällen Sicherheitsanfragen durch Verfassungsschutz und Landeskriminalamt veranlasst werden. Herr **Peters** teilte mit, dass bei jeder Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis, aber auch bei anderen Tatbeständen, angefragt werden müsse, ob dort Erkenntnisse vorliegen.

Seite 195, Produkt-Nr. 0250100, Melde-, Pass- und Ausweiswesen, Staatsangehörigkeitsangelegenheiten

Stv. **Hedderich** erkundigte sich, warum jedes Jahr der Zuschussbedarf pro Einwohner/in in Wetzlar höher werde. OB **Detle** wies darauf hin, dass im Verhältnis zur Einwohnerzahl nur ein leicht steigender Zuschussbedarf festzustellen sei.

Produktbereich 04 - Kultur und Wissenschaft (S. 206 - 240)

Stv. **Kleber** erinnerte an die Endabrechnung der Sanierung des Palais Papius. OB **Detle** teilte mit, dass immer noch nicht alle Schlussrechnungen vorlägen. Wenn dies der Fall sei, werde eine Endabrechnung der Maßnahme, die sich innerhalb des genehmigten Haushaltsrahmens bewege, vorgelegt.

Seite 225, Produkt-Nr. 0420400, Heimat- und sonstige Kulturpflege

Stv. **Hedderich** bat um Information zum Sachstand „Zuschuss Phantastische Bibliothek“. OB **Detle** erläuterte, dass die Verhandlungen in Abstimmung mit dem Ältestenrat im Gange seien. Er habe demnächst einen weiteren Verhandlungstermin. Auf die Zusatzfrage des Stv. **Kleber** nach dem Anlass des veranschlagten Mietzuschusses in Höhe von 5.000 € führte OB **Detle** aus, dass für 2013 eine größere Phantastik-Tagung in der Stadthalle geplant sei. Die Gewährung eines Mietzuschusses sei durch die Protokollnotiz zum damaligen Vertrag gedeckt.

Seite 235, Produkt-Nr. 0480100, Volkshochschule

Stv. **Hedderich** wies auf die Änderung des Produktverantwortlichen hin (bisher: Herr Schreiber).

Produktbereich 05 - Soziale Leistungen (S. 241 - 261)

Seite 245, Produkt-Nr. 0510100, Offene Seniorenarbeit

Stv. **Breidsprecher** gab vorab bekannt, dass der Haushaltsantrag Nr. 101 der CDU-Fraktion zu korrigieren sei. Die beantragte Reduzierung bei der Einkaufslinie Naunheim betrage nicht 10.000 €, sondern 8.500 €.

Seite 254, Produkt-Nr. 0540200, Soziale Angelegenheiten nach SGB

Stv. **H e d d e r i c h** fragte nach, welche Bestattungskosten in dem Betrag von 116.610 € (2011) enthalten seien. OB **D e t t e** teilte mit, dass es sich um Zuschüsse für Leistungsempfänger der Sozialhilfe handele.

Seite 257, Produkt-Nr. 0540200, Soziale Angelegenheiten nach SGB

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** vertrat die Auffassung, dass die Aufwendungen für den Sozialpass nicht mit der Zahl im Haushaltssicherungskonzept korrespondiere (S. 14 von 23). OB **D e t t e** stellte klar, dass der dort ausgewiesene Betrag von + 60.000 € bei den freiwilligen Leistungen sich auf das Jahr 2012 beziehe. Im Haushaltssicherungskonzept sei die Ansatzserhöhung zwischen den Mitteln 2012 (40.000 €) und dem Ansatz 2013 (100.000 €) darzustellen, was eine Differenz von + 60.000 € ausmache. Deshalb sei dieser Betrag korrekt ausgewiesen.

Produktbereich 06 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (S. 262 - 395)

Seite 276, Produkt-Nr. 0640200, Sonstige Jugendarbeit

Stv. **H e d d e r i c h** bezog sich auf die ausgewiesene Anzahl kostenlos abgegebener Ferienpässe und sah die Möglichkeit eines Wegfalles aufgrund der Regelung im Katalog der WetzlarCard (anteilige Teilnehmerbeiträge). OB **D e t t e** schilderte, dass die Kennzahlen nach alter Rechtslage fortgeschrieben worden seien. Wenn sich durch die WetzlarCard Veränderungen ergeben, erfolge eine Anpassung im Nachtrag.

Seite 294, Produkt-Nr. 0650100, Jugendsozialarbeit / Jugendberufshilfe

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** erkundigte sich, ob bei den Zuweisungen für lfd. Zwecke vom Lahn-Dill-Kreis (Schulsozialarbeit) in Höhe von 100.000 € ein Eigenanteil der Stadt zu leisten sei. OB **D e t t e** wies auf die in gleicher Betragshöhe auf Seite 295 ausgewiesenen Aufwendungen hin (Zuschüsse Sozialarbeit an Schulen) und erläuterte, dass ein eigenständiger Ansatz wie in früheren Jahren nicht enthalten sei.

Seite 377, Produkt-Nr. 0690100, Städtische Kindertageseinrichtungen

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** bat um Information, ob der Anstieg der Fördermittel des Landes in Höhe von rd. 550.000 € in Zusammenhang mit dem „Konnexitätsprinzip“ stehe. OB **D e t t e** bestätigte, dass der überproportional hohe Anstieg rückwirkende Förderbeträge für konnexitätsrelevante Fälle aus Vorjahren und für das lfd. Jahr 2013 beinhalte.

Produktbereich 08 - Sportförderung (S. 396 - 417)

Seite 407, Produkt-Nr. 0820100, Bäder

Stv. **H e d d e r i c h** fragte nach, ob der Ansatz „Erneuerung Mobiliar Europabad“ (5.000 €) auch Ausgaben für die Sauna beinhalte. Frau **S i m o n** gab an, dass der Betrag nur für die Erneuerung der Plastikbestuhlung im Eingangsbereich und Erneuerung der Möbel in den Sozialräumen vorgesehen sei.

Produktbereich 09 - Räumliche Planung und Entwicklung (S. 418 - 436)

Keine Wortmeldungen.

Produktbereich 10 - Bauen und Wohnen (S. 437 - 451)

Keine Wortmeldungen.

Produktbereich 11 - Ver- und Entsorgung (S. 452 - 457)

Keine Wortmeldungen.

Produktbereich 12 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV (S. 458 - 497)

Seite 479, Produkt-Nr. 1210400, Bundesstraßen

Stv. H e d d e r i c h erkundigte sich, welche Maßnahmen mit den Ansätzen/Verpflichtungsermächtigungen „Lärmschutz Garbenheim“ und „Lärmschutz B 49 Dalheim“ umgesetzt werden sollen. Es handele sich um Planungskosten zum Lückenschluss der vom Land geplanten Lärmschutzanlagen, teilte OB D e t t e zu Garbenheim mit. Hinsichtlich der B 49 Dalheim führte er aus, dass hier Planungskosten für ergänzenden Lärmschutz vorgesehen seien; über die endgültige Finanzierung sei noch nicht abschließend entschieden.

Produktbereich 13 - Natur- und Landschaftspflege (S. 498 - 528)

Keine Wortmeldungen.

Produktbereich 14 - Umweltschutz (S. 529 - 539)

Keine Wortmeldungen.

Produktbereich 15 - Wirtschaft und Tourismus (S. 540 - 558)

Seite 558, Produkt-Nr. 1550, Hessentag

Auf die Frage des Stv. H e d d e r i c h nach der Endabrechnung des Hessentages wies OB D e t t e auf die der Niederschrift vom 11.12.2012 beigefügte Anlage hin.

Produktbereich 16 - Allgemeine Finanzwirtschaft (S. 559 - 571)

Seite 569, Produkt-Nr. 1630100, Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Stv. H e d d e r i c h erkundigte sich, was der Ansatz „Kreditvermittlungskosten“ in Höhe von 5.000 € beinhalte. OB D e t t e erklärte, dass bei Prolongationen oder Kreditneuauf-

nahmen mit Brokerfirmen, die günstigere Konditionen als andere Banken anbieten, kleinere Vermittlungscourtage entstehen.

Investitionsprogramm (S. 572 - 602)

Keine Wortmeldungen.

Ergebnis- und Finanzplan 2012 - 2016 (S. 603 - 606)

Keine Wortmeldungen.

Stellenplan (S. 607 - 618) und Anlagen (S. 619 - 621)

Keine Wortmeldungen.

Stv. *H e d d e r i c h* nahm Bezug auf die „Informationen Hessischer Städtetag“ und bat um Auskunft, was unter der Bezeichnung „Abundanzumlage“ zu verstehen sei. OB *D e t t e* erläuterte, dass im Zusammenhang mit der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs besonders steuerstarke (abundante) Städte, die keine bzw. nur eine Mindestschlüsselzuweisung erhalten, in Form eines zusätzlichen Finanzausgleiches Mittel in den Gesamttopf „Kommunaler Finanzausgleich“ leisten sollten. Dieses Vorhaben sei nicht weiterverfolgt worden.

Änderungsliste des Magistrats

Finanzhaushalt/Investitionsplan

200/2

Lfd. Nr. 2 Einbau neuer Fenster im Neuen Rathaus

Lfd. Nr. 3 Brandschutzsanierungsmaßnahmen einschl. Errichtung eines Treppenhauses

Stv. *B r e i d s p r e c h e r* erkundigte sich nach dem Grund der Mittelsperrung. OB *D e t t e* führte dazu aus, dass der Magistrat diese Haushaltsmittel erst in Anspruch nehmen werde, wenn die Stadtverordnetenversammlung eine detaillierte Vorlage mit einer Gesamtkostenschätzung erhalte und beschließe.

Abstimmung über die Änderungsliste des Magistrats vorbehaltlich der Genehmigung im Ältestenrat: 11.0.0

Haushaltsanträge

Antrag Nr. 101

OB D e t t e empfahl den Fraktionen, statt der Summe 10.000 € nur noch 8.500 € einzusetzen, wie bereits von Stv. B r e i d s p r e c h e r vorab angegeben.

Abstimmung: 3.7.1

Antrag Nr. 102

OB D e t t e wies darauf hin, dass eine Streichung des Nachtragshaushaltsansatzes 2012 in Höhe von 40.000 € nicht mehr möglich sei, da der Nachtrag verabschiedet und genehmigt sei.

Abstimmung: 3.8.0

Antrag Nr. 103

Stv. B r e i d s p r e c h e r monierte, dass die Österreicher sich die Hände reiben würden, wenn sie „den teuren Öko-Strom an die ideologisch Verbohrten aus Wetzlar verkaufen für 10.000 €“ und fragte, ob ein langfristiger Vertrag existiere. OB D e t t e sagte zu, über die Vertragslaufzeit in der Stadtverordnetenversammlung zu berichten.

Abstimmung: 4.7.0

Antrag Nr. 104

OB D e t t e unterbreitete den antragstellenden Fraktionen den Verfahrensvorschlag, den Betrag von 100.000 € wie folgt zu splitten:

Ergebnishaushalt
50.000 € Instandsetzung der Straßen und Gehwege

Finanzhaushalt
50.000 € Absenkung der Bordsteine

Eine Zustimmung des Verfahrensvorschlages würde die Haushaltssituation entlasten, so OB D e t t e.

Abstimmung Antrag Nr. 104 a (50.000 € Ergebnishaushalt): 7.4.0

Abstimmung Antrag Nr. 104 b (50.000 € Finanzhaushalt): 8.3.0

Der bisherige Antrag 104 a (Ortsbeirat Steindorf) sei dadurch erledigt, so AV H e y e r.

Antrag Nr. 201

Stv. B r e i d s p r e c h e r beurteilte eine Wohnbebauung des Bereichs Blankenfeld II im Hinblick auf die Grundstückssituation und ungünstiger Eigentumsverhältnisse kritisch;

mindestens 70 % der Flächen müssen sich im Eigentum der Stadt Wetzlar befinden. Die CDU-Fraktion könne nicht erkennen, dass 2013 Haushaltsmittel kassenwirksam werden.

Abstimmung: 3.7.1

Antrag Nr. 202

Stv. S c h e r m u l y stellte den Änderungsantrag, die Planungskosten von 10.000 € für die Sanierung des Hauses der Jugend mit einem Sperrvermerk zu versehen, der von der Stadtverordnetenversammlung aufzuheben sei. Man solle erst prüfen, ob es in Wetzlar alternative Gebäude gebe. Stv. B r e i d s p r e c h e r vertrat die Auffassung, dass die Stadt sich nach einem privaten Investor umschaue solle. Stv. H e d d e r i c h währte im Hinblick auf den Gebäudezustand ein „zweites Palais Papius“. OB D e t t e machte deutlich, dass mit der Einstellung der Planungskosten kein Grundsatzbeschluss einer Sanierung verbunden sei.

Abstimmung über die Streichung der Planungskosten: 3.7.1

Abstimmung über den Änderungsantrag Sperrvermerk: 5.4.2

Antrag Nr. 203

Siehe Ausführungen zu TOP 9.

Abstimmung: 11.0.0

Antrag Nr. 204

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 10.0.1

Antrag Nr. 205

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 7.4.0

Antrag Nr. 206 + Änderungstext

Stv. B r e i d s p r e c h e r beantragte für die CDU-Fraktion einen konkreten Kostenbetrag von 50.000 €, über den abzustimmen sei.

Abstimmung: 3.5.3

Antrag Nr. 207

Abstimmung: 3.8.0

Antrag Nr. 208

Im Bauausschuss am 28.01.2013 zurückgezogen.

Antrag Nr. 208 a

Es bestand Einvernehmen im Ausschuss, dass der Sperrvermerk durch die Stadtverordnetenversammlung aufzuheben sei. Aus Gründen der Beteiligung könne der Antrag vor Aufhebung an den Ortsbeirat Garbenheim geleitet werden, so OB D e t t e.

Abstimmung in der geänderten Fassung: 11.0.0

Antrag Nr. 209

OB D e t t e informierte über eine Mitteilung der Fa. Gimmler, die beinhalte, dass die Umrüstung der Busflotte auf Erdgas technisch nicht möglich sei.

Der Antrag wurde im Geschäftsgang belassen.

Antrag Nr. 210

Stv. B r e i d s p r e c h e r vertrat die Auffassung, dass 2013 keine konkrete Maßnahme umgesetzt werden könne. Stve. Dr. G r e i s wies auf das gemeinsame Energie- und Klimaschutzkonzept der Städte Aßlar, Solms, Leun und Wetzlar hin, das im Frühsommer 2013 den Stadtverordneten vorgelegt werden solle. Das Konzept werde Maßnahmen enthalten, die als Vorschläge dienen, wo die Stadt Energie einsparen könne. Um 2013 mit kleineren Maßnahmen beginnen zu können, habe die Koalition den Antrag gestellt, hierfür 50.000 € als VE in den Haushalt einzustellen.

Abstimmung: 7.4.0

zu 5 Haushaltssicherungskonzept 2013 der Stadt Wetzlar Vorlage: 1267/12

Auf die Frage des Stv. B r e i d s p r e c h e r nach der Höhe des auf Seite 2 ausgewiesenen Defizits von 4,7 Mio. € stellte OB D e t t e klar, dass hiervon nur der Ergebnishaushalt betroffen sei, nicht der Finanzhaushalt.

Stv. K l e b e r erkundigte sich nach den Kriterien für die Aufhebung der 4-monatigen Stellenbesetzungssperre. OB D e t t e erklärte, dass man am Verfahren festhalte, wonach jede einzelne Entsperrung durch den Magistrat erfolgen müsse. Bei spezifischen Leitungspositionen oder unabweisbarem Bedarf werde die Stellenbesetzungssperre aufgehoben. Das Instrument habe dazu beigetragen, dass pro Jahr durchschnittlich 20 - 30 Stellen unbesetzt seien.

Stv. B r e i d s p r e c h e r hob das Rekommunalisierungskonzept der Wasservorgung (Seite 6 von 23) als weisen Beschluss hervor und äußerte sein Unverständnis über die Formulierung „Umsetzbarkeit von politischen/gesellschaftlichen Auswirkungen für die Bürger Wetzlars“ (Seite 8 von 23).

FrkV L e f è v r e bat um Auskunft, was man sich unter der Optimierung des Personaleinsatzes im Bereich der Museen vorzustellen habe (Seite 12 von 23). Ziel sei, beim Einsatz von eigenen Mitarbeitern und Fremdpersonal Synergieeffekte und damit eine Kosteneinsparung zu erzielen, so OB D e t t e.

FrkV L e f è v r e fragte nach, ob eine Öffnung der Museen über Mittag in Erwägung gezogen worden sei. OB D e t t e bestätigte, dass man zu prüfen habe, ob insbesondere in den Sommermonaten eine Verschiebung der Zeiten zugunsten der Touristen sinnvoll sei.

FrkV L e f è v r e führte weiter aus, dass sie immer wieder auf die pflegeleichte Begrünung städtischer Flächen hingewiesen habe. In Garbenheim seien ihr regelmäßig ungepflegte Beete aufgefallen, die einen hässlichen Eindruck hinterließen. Sie erkundigte sich weiter nach dem Grund der Fallzahlenrückgänge im Friedhofsbereich (Seite 17 von 23). OB D e t t e wies darauf hin, dass man bei der klassischen Erdbestattung einen Rückgang verzeichne und alternative Bestattungsformen im Steigen seien. Das Sinken der Fallzahlen führe zu einer rückläufigen Deckungsquote.

Stve. Dr. B e r n a u e r - M ü n z bat um Information zum Stand der Synergieeffekte von VHS und Lahn-Dill-Akademie. OB D e t t e teilte mit, dass erste Vorgespräche mit dem Kreis geführt worden seien. Es werde geprüft, ob die VHS Aufgaben für den Südkreis und im Gegenzug Personal vom Kreis übernehmen könne; hierdurch solle eine kostengünstigere Situation entstehen. Der Landeszuschuss für VHS und Akademie solle anteilig umgelegt werden.

Abstimmung: 11.0.0

**zu 6 14. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in der Stadt Wetzlar
Vorlage: 1251/12**

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

**zu 7 Informationsvorlage über das Siedlungspotential für Wohnbauflächen in der Kernstadt und in den Stadtteilen (Stand August 2012)
Vorlage: 1061/12**

OB D e t t e konstatierte im Hinblick auf TOP 8 (Rasselberg), dass man nicht widersprüchliche Signale an die Öffentlichkeit senden solle und schlug daher vor, Ziffer c) des Ergänzungsbeschlusses wie folgt zu ändern:

- c) ...im Übrigen der Stadtverordnetenversammlung einen Vorschlag zur Priorisierung der für eine weitere Entwicklung bereits identifizierten Flächen unter Beachtung ökologischer und städtebaulich vertretbarer Belange zu unterbreiten, damit die weitere Entwicklung im Konsens vorgenommen werden kann. **Dabei ist das Baugebiet Rasselberg ausdrücklich in die Priorisierung einzubeziehen.**

Es bestand Einvernehmen im Ausschuss, über den CDU-Antrag zum Baugebiet Rasselberg (TOP 8) nicht abzustimmen und diesen im Geschäftsgang zu belassen. Der Magistrat werde in den nächsten Wochen einen Bericht an die Stadtverordnetenversammlung geben und danach den Sperrvermerk „Rasselberg“ aufheben, so OB D e t t e.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Abstimmung über den Ergänzungsantrag in der geänderten Form: 11.0.0

**zu 8 Erschließung des Baugebietes Rasselberg
Vorlage: 1247/12**

Keine Abstimmung.

**zu 9 Einführung von Pflegeklassen und Pflegestandards in den öffentlichen
Grünanlagen
Vorlage: 1184/12**

Stv. B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich, ob die Ersatzbeschaffung einer Hangrutsche auf dem Spielplatz Sonnenstraße Naunheim (Haushaltsantrag Nr. 203) aus dem laufenden Haushaltsbudget hätte finanziert werden können. Dies wurde von Herrn V e l t e verneint, eine Reparatur der bisherigen Rutsche sei im Übrigen nicht möglich gewesen. OB D e t t e ergänzte, dass der Mittelbedarf erst im November 2012 entstanden sei.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**TOP 10 - 14
Grundstücksangelegenheiten**

zu 15 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

AV H e y e r schloss die 21. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses.

Der Ausschussvorsitzende:

Der Schriftführer:

H e y e r

G e r n e r